

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**09.07.2021**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stabsstelle Gleichstellungsstelle**

Schriftführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Donnerstag, 10.06.2021**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:00 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

**18.00 Uhr – 18.15 Uhr**

**Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## Tagesordnung

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1**     **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
  
- 2**     **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
  
- 3**     **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 16.02.2021 - öffentlicher Teil**  
*0186/2021*
  
- 4**     **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
  
- 5**     **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Gleichstellungspolitische Informationen**  
*0317/2021*
- 7 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7.1 Beteiligung des Integrationsrates an der Auftaktveranstaltung „Lasst uns über Rassismus sprechen“ im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021**  
*0027/2021*
- 7.2 Beteiligung am Fotowettbewerb „An(ge)kommen – Der Rheinisch-Bergische Kreis – mit meinem Blick“**  
*0228/2021*
- 7.3 Erweiterung des Angebots „Kunstpädagogische Sprachförderung und Empowerment“ an der GGS An der Strunde**  
*0296/2021*
- 7.4 Verlängerung des Zuschusses zu den Bürokosten des MiKibU e.V.**  
*0303/2021*
- 8 Information aus dem Seniorenbüro: Gut versorgt in... (Bergisch Gladbach)**  
*0170/2021*
- 8.1 Wahl einer/ eines Vorsitzenden und Wahl einer/ eines stellvertretenden Vorsitzenden; Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in Fachausschüsse und den Inklusionsbeirat**  
*0558/2019*
- 8.2 Errichtung eines Boule-Platzes im Forum-Park - Sachstandsmitteilung**  
*0214/2021*
- 9 Öffentliche Toiletten**  
*0249/2021*
- 9.1 Aktionsplan 2018 – 2022, Hier: Bericht über die bisherige Umsetzung**  
*0349/2021*
- 10 Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe - Bericht über die Mittelverwendung im Jahr 2020**  
*0205/2021*
- 11 Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt - zukünftige Ausgestaltung und Berichte**  
*0264/2021*
- 12 Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**  
*0278/2021*
- 13 Jahresbericht der GL Service gGmbH 2020**  
*0258/2021*
- 14 Anträge der Fraktionen**
- 15 Anfragen der Ausschussmitglieder**

## **Protokollierung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

#### **1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende Frau von Berg eröffnet die 03. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund der pandemischen Lage wurde kein Teilnahmeverzeichnis zur Unterschrift herumgereicht, sondern die anwesenden Teilnehmer\*innen von der Schriftführerin wie folgt erfasst:

#### **Teilnahmeverzeichnis:**

##### **Rat**

von Berg, Gabriele  
Hildner, Thomas,  
Opiela, Brigitta  
Schacht, Rolf-Dieter  
Cöcü, Güven  
Weber, Jörg

Satler, Johanna  
Eschbach, Collin  
Heiß, Dagmar  
Schmidt, Helmut  
Watzlawek, Elisabeth

Holtz-Schöttler, Brigitte  
Stauer, Ute  
Masanke, Judith

Wasmuth, Dorothee

Schöpf, Günther

Steinbrecher, Vitali,

Görün, Yavuz

Krasniqi, Kastriot

##### **Verwaltung**

Migenda, Ragnar  
Hellwig, Sabine  
Tillmann, Uwe  
Klaßen, Judith  
Hiller, Monika  
Kuhlen, Andrea

##### **Gäste**

Holthausen, Magdalene, Leiterin Frauenberatungsstelle Bergisch Gladbach  
Krämer, Susanne, Opferschutz Polizei NRW

Zu Beginn der Sitzung begrüßt Frau von Berg den neuen Dezernenten Ragnar Migenda, der erstmals an einer Sitzung des ASWDG teilnahm.

Herr Migenda stellt sich kurz vor und teilt mit, dass es sich auf eine gute Zusammenarbeit im Ausschuss freue.

## **2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift über die vergangene Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann – öffentlicher Teil wird einstimmig genehmigt.

## **3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 16.02.2021 - öffentlicher Teil** *0186/2021*

Frau Hellwig stellt zu TOP 7 „Haushaltsplanberatungen des Haushalts 2021 der in Zuständigkeit des ASWDG fallenden Produktgruppen“ noch einmal klar, dass der gefasste Beschluss

„25.000,00 € für „Hilfen für Menschen in besonderen Notlagen“, vorrangig als Zuschuss für den Verein „Die Platte e.V.“

erst nach Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht erfolgen könne.

Zum Thema Verbesserung der Toilettensituation erfragt Frau Stauer, warum die Behinderten-Toiletten am Theater-Cafe nicht mehr bewirtschaftet werden. Frau Hiller (Verwaltung) teilt dazu mit, dass diese Toiletten sehr wohl bewirtschaftet werden und Menschen mit Handicap dazu einen besonderen Schlüssel (europaweit) zur Verfügung haben, um diese zu öffnen.

Dies war so bisher nicht allen Anwesenden bekannt.

**Die Vorlage wird zu Kenntnis genommen.**

## **4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Es liegen keinen Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden vor.

## **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Frau Hellwig teilt zum Wohnprojekt Richard-Seiffert-Straße mit, dass die Planungen zwischenzeitlich weiter fortgeschritten seien. So hat der Bauträger mit Fachbereich 6 „Planen und Bauen“ die bereits vorausgesagte Änderung am Baukörper, der zu groß dimensioniert war, vorgenommen. Es wurde festgelegt, dass oberirdisch zwei Baukörper entstehen sollen, die parallel zu einander stehen. Der erste Baukörper wird 11 Kleinstwohnungen enthalten, der zweite Baukörper 13. Unterirdisch werden die Gebäude durch das Kellergeschoss miteinander verbunden. Die Gebäude werden energieeffizient mit Dachbegrünung und Photovoltaik-Anlage ausgestattet. Die Gebäude werden barrierearm bzw. barrierefrei gestaltet. Die Bewohner\*innen benötigen zwingend einen Wohnberechtigungsschein, da der Bauherr die Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus errichtet.

Im Planungsausschuss am 22.06. wird der geänderte Aufstellungsbeschluss beraten. Danach wird der Bauherr den Bauantrag stellen.

Des Weiteren weist Frau Hellwig auf eine ausgeteilte Pressemitteilung hin (**Anlage 1**), wonach die Babylotsin in Bergisch Gladbach ihren Dienst aufgenommen hat, um beratend und präventiv werdenden oder neuen jungen Eltern zu helfen.

Frau Hellwig informiert den Ausschuss, dass Coronaschutz-Impfungen für Flüchtlinge, Obdachlose und bedürftige Menschen, z.B. von Die Platte e.V., DRK und Netzwerk Wohnungsnot durchgeführt wurden. Die Inanspruchnahme sei durchaus unterschiedlich, so dass eine Teilnahme an den ersten Impfterminen nicht sehr hoch war, man aber hoffe, dass die Teilnahme bei weiteren Terminen noch ansteige.

In dieser Woche sind 25.000 medizinische Masken für bedürftigen Menschen an die verschiedenen Träger weitergegeben worden, um sie zielgerichtet auszuteilen.

Zum Ende ihrer Ausführungen teilt Frau Hellwig mit, dass Frau Christiane Tillmann, Abteilungsleiterin „Soziale Förderung“, zum Stadtentwicklungsbetrieb gewechselt ist und ihre Stelle ab Mitte Juni von Frau Simone Engelberth übernommen wird.

## **6. Gleichstellungspolitische Informationen** *0317/2021*

Frau Klaßen führt mit einleitenden Worten in die Vorlage „Gleichstellungspolitische Arbeit“ ein. Sie teilt mit, dass sich auf Wunsch der Ausschussmitglieder der Arbeitskreis „Keine Gewalt an Frauen“ vertreten durch die beiden geladenen Gäste,

Frau Magdalene Holthausen, Leiterin der Frauenberatungsstelle Bergisch Gladbach sowie Frau Susanne Krämer, Hauptkommissarin Polizei NRW, tätig im Rheinisch Bergischen Kreis im Bereich der Prävention und des Opferschutzes vorstellen.

Frau Holthausen bedankt sich für die Einladung und stellt die allgemeine Frauenberatungsstelle des Rheinisch Bergischen Kreises sowie die Fachstelle für sexualisierte Gewalt in Burscheid vor. Sie habe zu beiden Beratungsstellen und deren Arbeit Informationsmaterial ausgelegt. Die Fachstelle für sexualisierte Gewalt gehöre dem Verein Frauenzimmer e.V. Burscheid, die allgemeine Frauenberatungsstelle dem Verein Frauen helfen Frauen e.V. an. Beide Vereine bzw. beide Beratungsstellen sind im gesamten Rheinisch-Bergischen Kreis aktiv. Die Unterschiede liegen in den Inhalten. Die Fachstelle in Burscheid arbeitet ausschließlich zum Thema sexualisierte Gewalt. Die allgemeine Frauenberatungsstelle befasst sich mit allgemeiner Beratung für Frauen mit Schwerpunkt Gewalt gegen Frauen und ist Interventionsstelle und damit Fachstelle für alle Anfragen nach dem Gewaltschutzgesetz. Sie arbeite daher sehr eng mit der Polizei zusammen.

Die Fachstelle für sexualisierte Gewalt arbeite bereits mit Mädchen ab 14. Jahren zusammen, während die allgemeine Frauenberatungsstelle Frauen ab dem 18. Lebensjahr berät. Für Mädchen unter 18 Jahren gäbe es eine eigene Mädchenberatungsstelle. Die Frauenberatungsstelle und die Fachstelle für sexualisierte Gewalt arbeiten eng zusammen, so auch im vorgenannten Arbeitskreis „Keine Gewalt an Frauen“. Daraus ist z.B. das Projekt ASS (Anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftat) entstanden, wo nach einem Sexualdelikt im Vinzenz-Pallotti-Hospital und dem Krankenhaus Wermelskirchen anonym Spuren gesichert werden, ohne dass direkt Anzeige erstattet werden muss. Im Rahmen des Runden Tisches engagiere sich die Fachstelle in Burscheid für das Angebot „Wendo-Kurse“ (Selbstbehauptungskurse) für Mädchen. Der Schwerpunkt der allgemeinen Frauenberatungsstelle liege mehr im Bereich von Schulungen zum Thema „häusliche Gewalt“ für Multiplikatorinnen. So werde z.B. in diesem Jahr eine Schulung für die Jugendämter angeboten.

In beiden Beratungsstellen gibt es seit Beginn der Pandemie einen Anstieg der Anfragen.

Frau Stauer erfragt, welche Institutionen noch beim Runden Tisch „Keine Gewalt an Frauen“ mitarbeiten.

Frau Holthausen antwortet, dass neben der allgemeinen Frauenberatungsstelle und Fachstelle für sexualisierte Gewalt auch die Gleichstellungsbeauftragten, die Polizei und Erziehungsberatungsstellen mitarbeiten.

Herr Hildner merkt an, dass es keinen Rechtsanspruch auf Unterbringung im Frauenhaus gebe, die Fraktion der CDU aber sehr daran interessiert sei, hier forcierend tätig zu werden. Des Weiteren merkt er an, dass es keine Schutzwohnungen für Männer gebe und ob angedacht sei, hier Schutzmöglichkeiten zu schaffen.

Frau Holthausen führt dazu aus, dass der Schutz für Männer bundesweit und auch in NRW anlaufe, dass sich aber die hiesigen Stellen (Verein Frauen helfen Frauen und Frauenzimmer e.V.) hier nicht verantwortlich fühlen, dafür müssen andere Träger gefunden werden. Zum Rechtsanspruch auf die Unterbringung im Frauenhaus teilt Frau Holthausen mit, dass auch sie sehr daran interessiert sei, es aber notwendig wäre, erst einmal genügend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen um einen Rechtsanspruch überhaupt umzusetzen.

Frau Klaußen teilt zur Frage nach Schutzraum für Männer mit, dass sie in ihrer Vorlage „Gleichstellungspolitische Informationen“ unter Pkt. 6.1 „Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt“ beschrieben habe, dass in NRW einiges auf den Weg gebracht werde, was die Unterstützungsangebote für Männer betreffe. Da müsse man aber die Bedarfsanalyse abwarten. Die Angelegenheit „Rechtsanspruch auf eine Unterbringung im Frauenhaus“ würde sie in einer der nächsten Videokonferenzen, die mit der Ministerin immer wieder stattfinden, vortragen.

Frau Stauer merkt an, dass Tätern bereits vor Eskalation der Situation Therapieangebote gemacht werden müssen. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass der Justizapparat im Umgang mit den oft traumatisierten Opfern erheblich besser geschult werden müsse und, ob es dazu Angebote gebe.

Frau Holthausen teilt mit, dass der Verein bereits Schulungen für Justizangestellte angeboten habe, diese aber leider häufig nicht angenommen würden. Das liege unter anderem an der zum Teil frustrierenden Arbeit, da Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt werden, häufig ihre Anzeige wieder zurückzögen und in das gewalttätige Umfeld zurückkehrten.

Frau Satler fragt, ob der Verein trotz Pandemie gut helfen konnte und, ob die Anfragen, jetzt wo die Pandemie rückläufig wäre, weniger würden.

Frau Holthausen erklärt, dass der Verein auch in der Pandemie gut beraten konnte. Zurzeit merke sie, dass die Zeit etwas entspannter werde, da die Schulferien vor der Tür stünden und die Maßnahmen gegen Corona gelockert wurden. Dies bedeute aber nicht, dass es weniger Gewalt gäbe. Die Gewalt bleibe bestehen, der Umgang der Betroffenen mit der Gewalt sei in Urlaubszeiten ein anderer. Tendenzen zur Verleugnung oder Verharmlosung kommen mehr zum Tragen.

Herr Schöpf erfragt, ob es die Informationsblätter auch in verschiedenen Sprachen gebe und wie auf die Hilfsangebote hingewiesen werde.

Frau Holthausen antwortet, dass bereits einige Flyer in verschiedenen Sprachen vorhanden seien. Sie würden an öffentlichen Stellen, aber auch in Arzt- und Therapiepraxen ausgelegt. Sehr gute Erfahrungen habe der Verein auch mit der Presse gemacht, die in der Corona-Zeit häufig über die Beratungsstellen berichtet habe.

Frau Hiller fragt nach, ob es die Informationen auch in leichter Sprache gebe und inwieweit behinderte Frauen die Möglichkeit haben, die Beratungsstelle aufzusuchen.

Frau Holthausen berichtet, dass die Beratungsstelle auf ihrer Webseite damit begonnen habe, Informationen auch in leichter Sprache anzubieten. Die Beratungsstelle sei leider bisher nicht barrierefrei, aber es können durch gute Vernetzung behindertengerechte Räume genutzt werden. Auch Gebärdensprache und die Übersetzung in andere Sprachen wäre durch die gute Vernetzung kein Problem.

Frau von Berg bedankt sich bei Frau Holthausen und gibt das Wort an Frau Krämer.

Frau Krämer bedankt sich ebenfalls für die Einladung, ihre Arbeit im Ausschuss vorzustellen. Ihr Aufgabengebiet sei die Kriminalprävention und der Opferschutz. Seit 14 Jahren berate sie in Sachen Opferschutz, hier im Besonderen Personen, die z. B. von folgenden Situationen betroffen seien: häusliche Gewalt, Bedrohung, Raub, Einbruch, Körperverletzung, Sexualdelikte, Nachstellung und vieles mehr. Frau Krämer sei seit 2007 Mitglied des Runden Tisches, der damals als Gremium gegen häusliche Gewalt begann, sich aber mittlerweile für jegliche Form von Gewalt gegenüber Frauen geöffnet habe. Der Hintergrund der gemeinsamen Arbeit sei vor allem die Vernetzung, so dass das regionale Hilfesystem mit seinen Anlaufstellen bekannter gemacht und die interdisziplinäre Zusammenarbeit gefördert werde. Das Ziel sei eine schlüssige Interventionskette aufzubauen, zu erhalten und zu verbessern. Für 2020 habe die Polizei eine deutliche Steigerung in ihren Opferberatungen festgestellt, vor allem in den Phänomen-Bereichen Betrug, Stalking, häusliche Gewalt und Sexualdelikte. Zur Information habe sie die folgenden Broschüren mitgebracht:

Für den Bereich häusliche Gewalt vier Exemplare einer Infomappe, die so auch im Einsatzfall an die Opfer häuslicher Gewalt ausgehändigt werde. Darin seien allgemeine Informationen zu häuslicher Gewalt ebenso wie die Nummer des Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen zu finden. Des Weiteren Informationen der Justiz zur Beratungshilfe und zum Gewaltschutzgesetz. Ein internes Infoblatt, welches das Rückkehrverbot und Wohnungsweisung erkläre sowie ein Infoflyer der Interventionsstelle.

Frau Stauer fragt nach, ob Frau Krämer auch im Bereich Cyberkriminalität arbeite, von der Frauen zunehmend betroffen seien.

Frau Krämer führt dazu aus, dass sich die Polizei mit jeder Art der digitalen Kriminalität beschäftige. Die Sichtweise der Polizei für den Opferschutz sei aber, dass das Delikt das Gleiche bleibe, bloß das Tatmittel bzw. die Begehungsform abweiche. Deshalb würde die digitale Kriminalität nicht als eigenes Opferschutzthema behandelt. Für den Bereich der Kriminalitätsprävention sei die Cyberkriminalität mit allen Schattierungen aber eines der wichtigsten Themen.

Frau Stauer möchte wissen, ob es im Bereich Cyberkriminalität eine Hilfe-App gebe.

Frau Krämer antwortet, dass es keine entsprechende App gebe, da das Telefon in einer toxischen Beziehung häufig überwacht werde. Im Internet sei es aber möglich, sich auf Hilfeseiten zu bewegen, die sich bei entsprechendem Klick schließen und es öffne sich eine unverfängliche Seite.

Frau Satler fragt nach, warum gerade im Bereich Betrug die Beratungen in der Corona-Zeit so stark zugenommen hätten.

Frau Krämer erklärt dazu, dass die Zahlen aus polizeilicher Sicht sehr stimmig seien. Die Tätergruppen, die im Bereich Einbruch aktiv seien, hatten eine „schlechte Saison“ gehabt, da die Menschen in der Corona-Zeit vermehrt zu Hause waren. Die bandenmäßig organisierte Struktur der Betrugsdelikte in Privathaushalten habe dadurch sehr stark zugenommen. Privathaushalte seien per Telefon kontaktiert worden mit dem Ziel, falsche polizeiliche Situationen vorzuspiegeln, um Menschen zur Übergabe von Wertsachen zu bewegen. Aber auch durch „Schockanrufe“ Menschen dazu zu bewegen, sich Sorgen um Angehörige zu machen, die z.B. an Corona erkrankt oder durch einen Unfall verletzt im Krankenhaus lägen und in dieser Krisensituation auf Geld angewiesen seien. In diesem Bereich habe die Kriminalität überproportional zugenommen.

Frau von Berg bedankt sich im Namen des Ausschusses für diesen sehr anschaulichen und umfangreichen Bericht des Arbeitskreises „Keine Gewalt an Frauen“.

Abschließend weist Frau Klaßen auf die landesweite Aktionswoche gegen Gewalt hin. Dort wird sich der runde Tisch mit verschiedenen Aktionen präsentieren. Unter anderem plane man Hilfsangebote auf Brötchentüten drucken zu lassen. Nachdem Fördermittel freigegeben wurden, könne die konkrete Planung beginnen. In der nächsten Ausschusssitzung werde über die geplanten Aktionen ausführlich berichtet.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**7. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

**7.1. Beteiligung des Integrationsrates an der Auftaktveranstaltung „Lasst uns über Rassismus sprechen“ im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021**  
0027/2021

Der ASWDG schließt sich dem Beschluss des Integrationsplanes an:

Der Integrationsrat stellt zur Durchführung der Veranstaltung „Lasst uns über Rassismus sprechen“ im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021, Mittel aus dem Integrationskonzept in Höhe von 925,00 € zur Verfügung.

**Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.**

**7.2. Beteiligung am Fotowettbewerb „An(ge)kommen – Der Rheinisch-Bergische Kreis – mit meinem Blick“**  
0228/2021

Der ASWDG schließt sich dem Beschluss des Integrationsrates an.

Der Integrationsrat wählt die folgenden Jurymitglieder für den Fotowettbewerb „An(ge)kommen – Der Rheinisch-Bergische Kreis – mit einem Blick“:

Jurymitglied: Frau Dr. Bollen  
Stellvertreterin: Frau Satler

**Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.**

**7.3. Erweiterung des Angebots „Kunstpädagogische Sprachförderung und Empowerment“ an der GGS An der Strunde**  
0296/2021

Herr Schöpf weist darauf hin, dass man bei einem Angebot zur Sprachförderung vielleicht das Wort „Empowerment“ ersetzen sollte.

Frau von Berg teilt mit, dass diese Anregung aufgenommen werde.

Frau Stauer hofft, dass dieses sehr überzeugende Projekt oder etwas Ähnliches auch an anderen Schulen aufgegriffen werden könne.

Der ASWDG schließt sich dem Beschluss des Integrationsrates an.

Es wird beschlossen, zur Erweiterung des Angebots „Kunstpädagogische Sprachförderung und Empowerment“ an der GGS An der Strunde Mittel aus dem Bereich der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Integrationskonzept in Höhe von 1.140,00 € zur Verfügung zu stellen.

**Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.**

**7.4. Verlängerung des Zuschusses zu den Bürokosten des MiKibU e.V.**  
0303/2021

Herr Schöpf fragt nach, ob es im Wohnpark Bensberg auch ein Büro des MiKibU e.V. gebe, da dort immer ein Auto mit dieser Aufschrift parke.

Herr Tillmann teilt dazu mit, dass es sich vermutlich um das Fahrzeug der KiWo handelt, welches ein Fahrzeug der GL-Service gGmbH sei. Dieses werde von städtischer Seite mitfinanziert und vermutlich im Verbund der verschiedenen Initiativen, so auch gelegentlich von MikibU genutzt werde.

Herr Kuhlen kann nur bestätigen, dass es sich um ein Fahrzeug von KiWo handelt.

Der ASWDG schließt sich dem Beschluss des Integrationsrates an:

MiKibU e.V. erhält zur Unterhaltung eines Büros für Mietkosten inkl. Nebenkosten einen Zuschuss in Höhe von maximal 300,00 € pro Monat. Die Gesamtmittel von maximal 3.600,00 € im Jahr werden aus Mitteln des Bereichs Integrationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

**Die Beschlussfassung ergeht einstimmig.**

**8. Information aus dem Seniorenbüro: Gut versorgt in... (Bergisch Gladbach)**  
*0170/2021*

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**8.1. Wahl einer/ eines Vorsitzenden und Wahl einer/ eines stellvertretenden Vorsitzenden; Entsendung von Mitgliedern des Seniorenrates in Fachausschüsse und den Inklusionsbeirat**  
*0558/2019*

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**8.2. Errichtung eines Boule-Platzes im Forum-Park - Sachstandsmitteilung**  
*0214/2021*

Frau Satler fragt nach, ob inzwischen ein Kontakt mit dem Architekturbüro stattgefunden habe.

Herr Migenda teilt mit, dass verschiedene Möglichkeiten zur Anlage der Boule-Bahn besprochen wurden. Favorisiert wurde der Forumpark. Es stellten sich jedoch drei Probleme heraus. Zum einen gibt es einen Urheberschutz auf die Gestaltung des Parks durch das Architekturbüro, zweitens wurde die Gestaltung mit öffentlichen Fördermitteln finanziert und drittens sind bereits alle Flächen belegt (z.B. Kirmes). Wenn es also eine Umgestaltung gebe, dann könne der Architekt Regressansprüche stellen und andererseits sei es möglich, dass Fördermittel zurückgezahlt werden müssen. Es wurde durch die Verwaltung daher ein neuer Standort gesucht. Dieser befindet sich im Buchmühlenpark. Auch dort gibt es einen Urheberschutz auf die Gestaltung und auch dieser Park wurde mit Fördermitteln finanziert. Zum Urheberschutz soll vorerst kein Kontakt mit dem Architekten aufgenommen werden, weil eine Boule-Bahn in diesem Bereich aus Sicht der Verwaltung keine Verletzung des Gesamtentwurfes darstelle. Wegen einer eventuellen Rückzahlung der Fördermittel hat Herr Migenda bereits Kontakt zur Bezirksregierung aufgenommen. Sollte sich herausstellen, dass eine Veränderung in diesem Bereich förderschädlich sei, könne die Rückforderung für einen 14 x 4 m großen Platz in diesem Bereich nicht so hoch sein. Die Verwaltung würde die Rückzahlung tätigen, da sie sehr an einer Verwirklichung des Platzes interessiert sei.

Herr Schöpf fragt an, ob generell ein Urheberschutz ausgeschlossen werden könne.

Herr Migenda teilt dazu mit, heute würden die Verträge mit den Architekten anders geschlossen, dabei behalte sich die Stadt ein Änderungsrecht vor.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**9. Öffentliche Toiletten**  
*0249/2021*

Frau Hiller trägt das Ergebnis zur Vorlage aus dem AUISO vor:

Beschluss: (einstimmig)

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme
  - öffentlicher Toiletten
  - öffentlich zugänglicher Toiletten (z. B. in öffentlichen Gebäuden, Friedhöfen, Kirchen, Einzelhandel) separat für Damen und Herren sowie behindertengerechte WCs im Stadtgebiet mit den jeweiligen Öffnungszeiten und den jeweiligen Ansprechpartnern sowie deren Zustand zu erstellen.
2. Diese Liste wird ins Geoportal und in die Anwendung Wheelmap.org der Stadt eingearbeitet.
3. Die Bestandsaufnahme soll als Grundlage für eine Beratung über die Sanierung bestehender und Planung und Bau weiterer öffentlicher Toiletten dienen.
4. Die Verwaltung möge prüfen, ob eine Kennzeichnung der Restaurants, Cafés, Hotels und Einzelhandelsgeschäfte durch einen Hinweis (z. B. „freundliches WC“-Logo) möglich ist, die bereit sind, gegen eine Gebühr ihre Toiletten öffentlich zugänglich zu machen.

Frau Holtz-Schöttler merkt dazu an, dass die Umsetzung dieses Beschlusses ein langwieriger Prozess sei und ob es da nicht Sinn mache, eines der beiden Behinderten-WCs am Theatercafé als öffentlich zugängliches WC zu öffnen.

Herr Migenda teilt dazu mit, dass öffentliche Toilettenanlagen auch immer von Vandalismus betroffen seien. Insofern ist eine Toilettenanlage zu sperren und nur einem beschränkten Personenkreis zur Verfügung zu stellen, immer ein guter Kompromiss. Die meisten Cafés und Restaurants ließen einen gegen Gebühr ihre Toilette benutzen.

Herr Schöpf macht den Vorschlag um Vandalismus und Verschmutzung von öffentlichen Toiletten zu begegnen, könne man Toiletten-Patenschaften vergeben, z. B. an in der Nähe liegende Restaurants, Kiosks, die sich verpflichten den Schlüssel zu verwalten und auch die Toiletten in Stand zu halten.

**Die Vorlage wird mit dem geänderten Beschluss aus dem AUISO zur Kenntnis genommen.**

**9.1. Aktionsplan 2018 – 2022, Hier: Bericht über die bisherige Umsetzung**  
*0349/2021*

Herr Hildner bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die gute Darstellung des Berichtes. Für neue Ratsmitglieder sei die direkte Gegenüberstellung von Ziel und Umsetzung sehr hilfreich.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen**

**10. Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe - Bericht über die Mittelverwendung im Jahr 2020**  
*0205/2021*

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**11. Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt - zukünftige Ausgestaltung und Berichte**

*0264/2021*

Frau Hellwig teilt zur Vorlage mit: Da es bei dem Standort Info-Kiosk immer wieder zu Diskussionen mit den freien Trägern der Jugendhilfe, Geschäftsleuten und Anwohner\*innen komme, sollte ein neuer Standort gefunden werden. Dazu bildete sich eine Arbeitsgruppe, die unter Einhaltung gewisser Kriterien, einen neuen Standort suchen wollte. Leider wurde dieser nicht gefunden. Um die Situation aber zu entzerren, soll nun ein zweiter Standort entstehen. Nach einem Ortstermin mit den Mitarbeiterinnen vom Netzwerk Wohnungsnot und der Verwaltung sowie der Polizei, die durchaus Bedenken gegen den Standort hat, soll dieser am Kreisel Schnabelsmühle (Wiese vor dem Zandersgelände) entstehen. Dazu muss einerseits überlegt werden, wie der Platz ausgestaltet werden kann und andererseits müssen die zwei Mitarbeiterinnen, die das Projekt nur befristet bis zum 31.08.2021 betreuen, für ein weiteres Jahr weiterbeschäftigt werden.

Herr Steinbrecher merkt dazu an, dass die FWG das Projekt vom Grundsatz her gut und unterstützungswert finde. Sie halte aber den zweiten Standort für ungeeignet. Man sei der Meinung, dass der Platz vom Klientel vermutlich nicht angenommen werde. Des Weiteren sei die Sicherheit für die Personen und den Verkehr durch das starke Verkehrsaufkommen an dieser Stelle nicht gewährleistet. Die FWG schlägt vor, den Platz auf dem Info-Kiosk aufzuwerten, z.B. durch Lärmschutzmaßnahmen und einen geeigneteren zweiten Standort zu suchen.

Frau Stauer teilt mit, dass die Koalition das Projekt ausdrücklich unterstütze und schlägt vor, die Befristung für das Projekt nicht nur für ein Jahr, sondern für zwei Jahre zu verlängern, dies gebe dem Träger und seinen Mitarbeiterinnen Planungssicherheit und die beratenden Hilfen könnten sich weiter etablieren. Mittelfristig solle das Projekt komplett entfristet werden.

Zum beabsichtigten zweiten Standort merkt Frau Stauer an, dass die Einwände nachvollziehbar seien, aber durch geeignete Maßnahmen, wie z. B. das Aufstellen von Bauwagen, verbessert werden können.

Herr Hildner teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion für eine Verlängerung des Projektes sei. Den zweiten Standort ebenfalls aus den bereits genannten Gründen (Verkehrssicherheit, „Präsentierteller“ an einem gespendeten Kunstobjekt) nicht für geeignet halte. Aber es sei auch zu bedenken, dass die Träger der Jugendhilfeeinrichtungen bereits im Jahr 2019 in einem Schreiben darauf hingewiesen haben, dass der Standort Info-Kiosk ebenfalls in keiner Weise geeignet sei. Begründet wird dies mit der unmittelbaren Nähe zu den Jugendeinrichtungen. Auf dem Platz würden in extremer Weise Drogen konsumiert, dieses entspreche nicht der Achtung des Kindeswohl. Dieses Problem wäre nicht vom Tisch, wenn ein zweiter Standort geschaffen werde.

Herr Migenda teilt mit, dass es mit der problematischen Klientel nicht viele Optionen gebe, man sich dem Problem aber annehmen müsse. Der Standort Info-Kiosk sei ein gut angenommener Standort mit besonderen Problemausprägungen (Drogenmissbrauch etc.). Man könne hier mit dem Ordnungsamt gegensteuern. Es wurden bereits Gespräche mit Herrn Droege (Jugendhilfe) geführt, aus denen man den Eindruck gewonnen habe, dass es eine Lösung geben kann. Wichtig sei erst einmal, dass das Projekt weiter betrieben werde, wofür es im Ausschuss ein klares Votum gebe. Ein zweiter Standort sei zu befürworten, da er eine Entzerrung bringe und man flexibler, z.B. mit Öffnungszeiten reagieren könne. Dazu müsse ein Mehrheitsbeschluss für den zweiten Standort gefasst werden.

Frau von Berg fasst den Beschluss in zwei Teilen zusammen:

**Im ASWDG wird der folgende geänderte Beschluss gefasst:**

### **Zu Punkt 3 „Konzept für mehr Sicherheit und Sauberkeit im Stadtgebiet“ der Vorlage**

- 1. Die Projektförderung soll um weitere zwei Jahre verlängert werden**

**Dieser Beschluss wird einstimmig gefasst.**

### **Zu Punkt 5 „Entwicklungen im Projektverlauf“ der Vorlage**

- 2. Der zweite Standort an der „Schnabelsmühle“ soll entwickelt werden, gleichzeitig aber die hier vorgebrachten Einwände (Verkehrssicherheit, wird der Standort vom Klientel angenommen) beobachtet werden.  
Des Weiteren soll bezüglich des Standorts Infokiosk, auf eine friedliche Koexistenz mit den umliegenden Geschäftsleuten, den benachbarten freien Trägern der Jugendhilfe sowie Anwohner\*innen konzeptionell hingewirkt und die Auswirkungen beobachtet werden.**

**Nach einem Jahr soll die Verwaltung über den weiteren Verlauf berichten.**

**Dieser Beschluss wird mehrheitlich mit einer Gegenstimme der FWG gefasst.**

### **12. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach 0278/2021**

Herr Schöpf reicht zur Vorlage eine Anfrage der AfD ein, mit der Bitte um Beantwortung (**Anlage 2**).

Frau von Berg sagt eine Beantwortung in der Niederschrift zu (**Anlage 3**).

Frau Wasmuth fragt nach wieso die Anzahl der Flüchtlinge in der Corona-Zeit nicht weniger geworden sei oder ob dies an der schlechten Integration liege

Frau Hellwig erläutert dazu, dass sie dies so nicht bestätigen könne. Die Anzahl der Flüchtlinge in den Unterkünften habe sich deutlich reduziert. Dazu müsse sie aber Zahlen erheben lassen. Natürlich leben immer noch viele Flüchtlinge in den städtischen Einrichtungen, was dem engen Wohnungsmarkt mit bezahlbaren Wohnungen geschuldet sei.

Frau Wasmuth erklärt, dass sie nur die Zahlen 747 mit der Zahlen 762 aus dem Vorbericht verglichen habe.

Frau Hellwig teilt dazu mit, dass der Vorbericht immer nur aus der vorherigen Sitzung stamme und sich die Zahlen deshalb nicht so stark verringerten

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

### **13. Jahresbericht der GL Service gGmbH 2020 0258/2021**

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

### **14. Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

### **15. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Es liegen keine Anfragen der Ausschussmitglieder vor.

**Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 18.55 Uhr beendet.**

**Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.**

gez. Gabriele von Berg  
Ausschussvorsitzende

gez. Monika Koppe  
Schriftführung